

Sitzungsniederschrift

22. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration

Sitzungsort: Johann-Christian-Reil-Haus, Osterstraße 102, 26506 Norden		
Sitzungsdatum: 24.02.2026	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:49 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Forster, Hans	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Biller, Anita	SPD	
de Vries, Kevin	SPD	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Ihmels, Beate	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Harald Tammen
Krüsmann, Enno	SPD	
Reinken, Wilhelm	FW Landkreis Aurich	
Stange, Axel	SPD	Vertretung für Herrn Timo Seeberg
Weilage, Udo	CDU/FDP	
Grundmandat		
Ubben, Heinrich	MOIN, Herr WEISS	
Beratende Mitglieder		
Köhler, Jörg		Erwerbslosen/Arbeitsloseninitiative
Mahmed, Mahmoud		Ausländerbeauftragter
Saathoff, Peter		Sozialverband Deutschland, Kreisverband Aurich-Norden

Verwaltung

de Vries, Enno	Stellv. Leiter Amt für Jugend und Soziales
Falterbaum, Annalena	Amt für Jugend und Soziales
Müller, Michael	Leiter Amt für Jugend und Soziales
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Winzenborg, Silke	Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Seeberg, Timo	SPD
Tammen, Harald	CDU/FDP

Grundmandat

Stauß, Detlef	AfD
---------------	-----

Beratende Mitglieder

Caspers, Matthias	Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege
Frieden, Helene	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband Weser-Ems
Hoyer-Saad, Christina	Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege
Pieschke, Bärbel	Behindertenbeauftragte

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.2025 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Sachstandsbericht Flüchtlingssituation
7. Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2025; Vorstellung der BISS-Beratungsstelle im Ausschuss Arbeit, Soziales und Integration
Vorlage: X-AF/2026/003
8. Anfrage Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2025; Situation bzgl. der Anzahl an Plätzen in Frauenhäusern und Beratungsangeboten im Landkreis Aurich
9. Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2026; Einführung und Verleihung des Carl-Osterwald-Preis für Demokratie im Landkreis Aurich



Vorlage: X-AF/2026/002

10. Ergebnis der interfraktionellen Arbeitsgruppe "Extremismus"
Vorlage: X/2025/206
 11. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
 12. Einwohnerfragestunde
 13. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Forster eröffnete um 15.03 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Forster stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Forster stellte die Tagesordnung fest. Es lagen keine Anmerkungen vor.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.2025 - öffentlicher Teil -

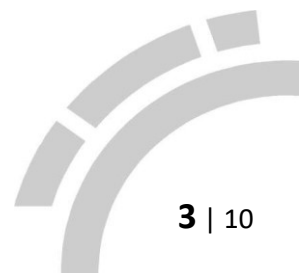
Die Niederschrift über die Sitzung vom 01.12.2025 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortbeiträge vor.



TOP 6 Sachstandsbericht Flüchtlingssituation

Vorsitzender Forster übergab das Wort an **Herrn Enno de Vries, den stellvertretenden Leiter des Amtes für Jugend und Soziales.**

Herr de Vries berichtete, dass vor vier Jahren der Krieg in der Ukraine ausgebrochen sei; die Folgen seien gravierend gewesen. Die Verwaltung habe vor organisatorischen Herausforderungen gestanden. An einem Donnerstag sei der Krieg ausgebrochen und am Samstag seien die Flüchtlinge tatsächlich eingetroffen. In der Kürze der Zeit sei es kaum möglich gewesen, der Situation gerecht zu werden. Die Vielzahl der Aufgaben sei mit vielen Beteiligten gemeinsam organisiert worden. Die KVHS, die Verwaltung und auch ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger hätten sich engagiert. **Herr de Vries** bedankte sich für den Einsatz.

Weiter gab **Herr de Vries** einen kurzen Überblick über die aktuelle Zuweisungssituation (Anlage 1). Danach sei eine kleine Welle an Flüchtlingen seit Oktober letzten Jahres ins Kreisgebiet angekommen. Das Aufnahmesoll von 211 Personen habe man zu dem jetzigen Zeitpunkt bereits mit 18 Personen überschritten. Zudem erläuterte **Herr de Vries**, dass zurzeit 1 bis 3 Personen im Kreisgebiet ankommen würden. Daher bestehe weiterhin eine entspannte Unterbringungssituation. Die Auslastung liege derzeit bei 81 %. Die Kapazitäten würden je nach Bedarf angepasst werden.

Nach dem Vortrag fragte **Abgeordnete Ihmels**, wie die weitere Planung für die Container-Anlage sei und ob eine Auflösung geplant sei. Von 24 Plätzen seien 0 Plätze belegt. **Herr de Vries** erklärte, dass es diesbezüglich Überlegungen gebe.

Weiter erkundigte sich **Abgeordnete Ihmels**, wie viele ukrainische Staatsangehörige dauerhaft im Kreisgebiet verbleiben und wie viele in ihre Heimat zurückgekehrt seien.

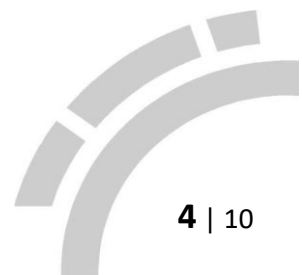
Herr de Vries erklärte, dass diese Zahlen nicht festzustellen seien und es keine Erfassungsmöglichkeit gebe.

Herr Köhler fragte, ob es Rückführungsprobleme gebe. **Herr Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**, erklärte, dass dem Amt keine Probleme bekannt seien. Das Amt für Jugend und Soziales sei jedoch für die Rückführung nicht zuständig. Dies gehöre zum Ordnungsrecht und somit sei das Amt Bürgerdienste, Ordnung und Sicherheit dafür zuständig.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzte, dass beim zuständigen Amt nachgefragt werde und dass bei Problemen im Ausschuss darüber berichtet werde.

Abgeordnete Albers fragte nach dem aktuellen Stand zur Problematik der Wohnungssituation in Norden. In der Presse war zu lesen, dass dort Personen in einer Wohnung mit Schimmelbefall und ohne Heizung untergekommen seien.

Sören Saathoff, Standortleiter der KVHS Aurich, erklärte, dass es sich um eine angemietete Wohnung des Landkreises Aurich handele. Der Landkreis sei der Hauptmieter, und mit den Bewohnern seien Untermietverträge geschlossen worden. Die Situation sei gewesen, dass die Bewohner möglichst schnell wieder in die Wohnung zurückziehen wollten. Sie wussten jedoch über die Zustände der Wohnung Bescheid. Die Entscheidung lag bei den Bewohnern. Die Küche war zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder intakt, und die Heizungsanlage war ausgeschaltet. **Herr Saathoff** berichtete, dass die Missstände nicht dem Bild entsprächen, welches die Presse dargestellt habe.



Abgeordnete Albers fragte, ob der Landkreis Aurich den Schimmelbefall in der Wohnung überprüfe. **Herr Saathoff** erklärte, dass dies überprüft werde. Der Eigentümer sei für die Beseitigung des Schimmels zuständig.

Vorsitzender Forster erläuterte, dass die Mittel für Sprach- und Integrationskurse vom Bund gekürzt würden, und bat um Einschätzung der Auswirkungen dieser Kürzungen.

Herr Saathoff erläuterte, dass die Kürzungen vom Bund vorgesehen seien. Es wurde zudem eine Stellungnahme an den Bund abgegeben. Der jetzige Stand sei, dass die bestehenden Kurse fortgeführt würden, während bei den folgenden Kursen Kürzungen zu erwarten seien.

Vorsitzender Forster betonte, dass dies ein wichtiges Thema für die Politik sei und Einfluss genommen werden müsse, damit die Kürzungen nicht in dem Ausmaß vollzogen würden.

TOP 7 **Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2025; Vorstellung der BISS-Beratungsstelle im Ausschuss Arbeit, Soziales und Integration**
Vorlage: X-AF/2026/003

Vorsitzender Forster übergab das Wort an **Herrn Michael Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**. **Herr Müller** erklärte, dass der Antrag vom 26.11.2025 in zwei Tagesordnungspunkte untergliedert wurde. Zunächst werde **Frau Albers, Leitung der BISS Aurich/Wittmund**, über die Arbeit der BISS berichten.

Herr Müller ging im Vorfeld kurz auf die Gliederung des DRK Schutz- und Beratungszentrums Aurich ein und übergab das Wort an Frau Albers. **Frau Albers** bedankte sich für die Einladung und stellte anhand der Präsentation (Anlage2) die Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS) vor. Sie erklärte, dass die BISS-Beratungsstelle Teil des DRK Schutz- und Beratungszentrums Aurich sei. Außerdem sei die Beratungsstelle auch für Männer zuständig. Zudem berichtete **Frau Albers**, dass es sich um eine proaktive Beratung handele.

Nach dem Vortrag bedankte sich **Herr Köhler** und fragte nach der Dunkelziffer. **Frau Albers** erklärte, dass eine Dunkelziffer existiere und voraussichtlich deutlich höher sei.

Abgeordneter Reinken fragte, ob der Fallanstieg ab 2020 auch auf Corona zurückzuführen sei. **Frau Albers** erklärte, dass Corona ebenfalls eine Rolle beim Anstieg der Fallzahlen gespielt habe.

Abgeordneter Stange stellte fest, dass zwischen den Fallzahlen der Landkreise Aurich und Wittmund eine deutliche Diskrepanz bestehe.

Frau Albers erklärte, dass die Beratungsstelle vom Land finanziert werde. Die Finanzierung laufe Ende des Jahres aus. **Frau Albers** hoffte, dass dann höhere finanzielle Mittel vom Land zur Verfügung gestellt würden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzte, dass das Land die Finanzverantwortung erneut an die Kommunen übergebe. Die Thematik treffe die Verwaltung in unterschiedlichen



Sachlagen. Oft werde deutlich, dass die staatliche Ebene die Kommunen finanziell belastet. Daher richtet sich der Appell an die anwesenden Politiker, sich Gedanken darüber zu machen, wie damit umzugehen sei, dass sich das Land aus der Verantwortung ziehe und der Landkreis einspringen müsse.

Abgeordnete Biller erkundigte sich, ob viele Betroffene den Weg wählen, sich an die Polizei zu wenden, da es oft schwierig sei, aus der häuslichen Gewalt herauszukommen.

Frau Albers berichtete, dass es ganz individuell sei; manche Opfer bräuchten Zeit, um sich lösen zu können, sei es aus finanziellen Gründen oder wegen beteiligter Kinder. Einige suchten nach dem ersten Vorfall Hilfe, andere kehrten nach kurzer Zeit wieder zum Täter zurück.

Frau Albers betonte, dass bei individuellen Fragen auch gerne direkt mit der BISS-Beratungsstelle Kontakt aufgenommen werden könne.

Abgeordneter Krüsmann erkundigte sich danach, ob eine Mutter mit drei Kindern als ein Fall gezählt werde. **Frau Albers** bestätigte dies.

Vorsitzender Forster bedankte sich für den Vortrag.

Information:

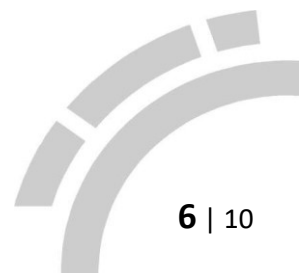
Um einen weitergehenden Überblick über die bestehenden Beratungsstrukturen des DRK -Kreisverband Aurich- im Landkreis Aurich sowie im Landkreis Wittmund und die damit verbundenen jeweiligen Zielsetzungen, inhaltlichen Ausrichtungen sowie organisatorische und finanziellen Rahmenbedingungen der Angebote zu gewinnen, erfolgt hierzu eine ergänzende Darstellung in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration.

TOP 8 **Anfrage Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2025; Situation bzgl. der Anzahl an Plätzen in Frauenhäusern und Beratungsangeboten im Landkreis Aurich**

Vorsitzender Forster übergab das Wort an **Herrn Michael Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**. **Herr Müller** erklärte, dass er auf den zweiten Teil des Antrages eingehen und die gestellten Fragen beantworten werde. Anhand der anliegenden Präsentation ging Herr Müller auf die einzelnen Fragen ein (Anlage 3).

Abgeordnete Albers bedankte sich für die Ausführungen und teilte mit, dass die Aussage über die nicht abgewiesenen Frauen nicht zutreffen könne. Sie habe erfahren, dass einige betroffene Frauen bei Bekannten untergekommen seien, da kein Platz im Frauenhaus zur Verfügung gestanden habe.

Herr Müller erklärte, dass diese Aussage derzeit nicht geklärt werden könne. Die Verwaltung werde ein Gespräch mit dem DRK führen und Frau Albers über den Sachstand informieren.



Herr Köhler bedankte sich für den Vortrag und erklärte, dass es auch hier eine hohe Dunkelziffer gebe. Er wies darauf hin, dass das Thema stärker öffentlich gemacht werden müsse.

Vorsitzender Forster bedankte sich ebenfalls für den Bericht.

TOP 9 **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.01.2026; Einführung und Verleihung des Carl-Osterwald-Preis für Demokratie im Landkreis Aurich**
Vorlage: X-AF/2026/002

Vorsitzender Forster übergab den Vorsitz an den **stellvertretenden Vorsitzenden Herrn de Vries**.

Abgeordneter Forster erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion und berichtete über den Werdegang von Herrn Carl Osterwald und lobte seine Arbeit. Der Preis würde sein Wirken würdigen und in seinem Sinne die Demokratie fortführen. Die Rahmenbedingungen seien noch zu eruieren. Der Antrag solle zunächst ein Einstieg sein. Bezüglich der Jury könnte die Tochter von Herrn Osterwald angehört werden. Die Tochter setzt sich ebenfalls sehr aktiv für Demokratie ein. Ein Vertreter aus dem Projekt „Demokratie Leben“ wäre ebenfalls denkbar.

Weiter erklärte **Abgeordneter Forster**, dass genügend Preisträger vorhanden seien. Eine jährliche Vergabe sei daher möglich. Es gebe viele Einzelpersonen, Vereine und Initiativen, die sich für Demokratie einsetzen. Ein Preisgeld gehöre ebenfalls dazu. Als Zeitpunkt der Verleihung könnte der Oktober 2026 in Betracht gezogen werden. Falls dies nicht möglich sei, könnte die erste Verleihung im kommenden Jahr stattfinden. Im Jahr 2027 wäre Herr Osterwald 100 Jahre alt geworden.

Abgeordneter Forster bat darum, die Verleihung konzeptionell auszuarbeiten, damit der Kreistag darüber Beschluss fassen könne.

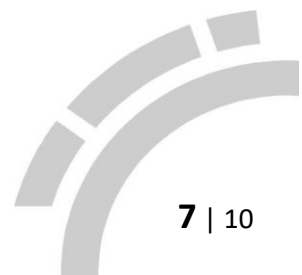
Herr Köhler bedankte sich für den Antrag und betonte, dass die Einbindung der Partnerschaft für Demokratie von zentraler Bedeutung sei. Eine Verleihung wäre zudem im Rahmen des Demokratiefestes möglich.

Abgeordnete Albers teilte mit, dass der Antrag sehr gut und wichtig sei und dass ihre Partei den Antrag unterstütze.

Erster Kreisrat Dr. Puchert fragte nach, welchen konkreten Auftrag die Verwaltung zu erfüllen habe.

Abgeordneter de Vries erklärte, dass man ähnlich wie beim Jugendförderpreis vorgehen könne.

Herr Müller berichtete, dass bei dem Förderpreis für Jugendarbeit ein Preisgeld in Höhe von 3.000,00 € ausgelobt werde. Vereine, Verbände etc. könnten sich bewerben und eine Jury entscheide, wer den Preis erhalte. Der Förderpreis könne auf bis zu drei Preisträger aufgeteilt werden, sodass jeder 1.000,00 € erhalte.



Abgeordneter Albrecht befürwortete ein Preisgeld in Höhe von 3.000,00 € und eine Zweckbindung.

Erster Kreisrat Dr. Puchert wies in Bezug auf den zeitlichen Rahmen darauf hin, dass Haushaltsmittel vorhanden sein müssten.

Herr Köhler erklärte, dass auch andere Institutionen in die Finanzierung einbezogen werden könnten. Demokratie sei ein wichtiges Thema, das alle Bereiche betreffe.

Abgeordneter Forster teilte mit, dass ein Preis gerechtfertigt sei. Es gebe zahlreiche Einzelpersonen, die sich im Alltag oder bei der Arbeit engagieren würden, und dies solle nicht relativiert werden. Dennoch solle eine Würdigung in Form eines Preises erfolgen, sowohl für Einzelpersonen als auch für Gruppen, die sich für Toleranz und Demokratie einsetzen. Zudem bestände der Auftrag an die Politik, sich intensiver mit dem Thema zu befassen.

Abgeordneter Reinken befürwortete, einen Demokratiepreis zu vergeben. Er fragte jedoch, ob der Preis mit einer Person, hier Carl Osterwald, verbunden werden müsse. Deshalb schlage er vor, den Namen „Demokratiepreis des Landkreises Aurich“ zu verwenden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert wies darauf hin, dass für die Verwaltung wichtig sei, dass eine Einigkeit in der Politik bestehe, und schlug daher vor, dass die Fraktionen fraktionsübergreifend in eine Diskussion einsteigen sollten.

Abgeordneter Stange erklärte, dass die breite Mehrheit für die Einführung des Preises sei. Es solle daher ein Empfehlungsbeschluss erstellt werden. Die Rahmenbedingungen mit 3.000,00 € Preisgeld, Zweckbindung und Jury seien vorgetragen worden. Eine genaue Ausgestaltung könne noch geklärt werden. Er schlug vor, über den Antrag abzustimmen.

Abgeordnete Ihmels fragte in die Runde, wie Einigkeit über den Antrag erzielt werden könne.

Abgeordneter Ubben erwiderte, dass er lediglich ein Problem mit dem Preisgeld habe. Grundsätzlich fände er das Thema ebenfalls wichtig und würde nicht gegen das Thema Demokratie stimmen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass die Verwaltung ein Konzept entwickeln und es vorab in die Fraktion geben werde. Im Kreistag werde dann darüber entschieden, ohne es vorab im Ausschuss zu diskutieren.

Es wurde über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 10 **Ergebnis der interfraktionellen Arbeitsgruppe "Extremismus"**
Vorlage: X/2025/206

Stellvertretender Vorsitzender Herr de Vries übergab das Wort an **Herrn Michael Müller, Leiter des Amtes für Jugend und Soziales**. **Herr Müller** stellte anhand der Präsentation (Anlage 4) das Ergebnis der interfraktionellen Arbeitsgruppe (AG) „Extremismus“ vor.

Herr Müller ging auf den Zweck der AG und die damit verbundenen Aufgaben ein und berichtete, dass mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren gesprochen worden sei, um die aktuelle Situation im Landkreis Aurich einschätzen zu können.

Herr Müller erklärte, dass die erste Feststellung aus den Gesprächen gewesen sei, dass die Extremismusprävention und Demokratieförderung die zentralen Elemente seien. Die zweite Feststellung sei gewesen, dass das Projekt „Demokratie Leben“ bereits über fachliche Expertise verfüge und ein gutes Netzwerk habe und somit die Aufgabe der Prävention und Demokratieförderung erfüllt sei. Das Projekt benötige in Zukunft mehr Sichtbarkeit und Öffentlichkeit.

Abgeordneter Forster bedankte sich bei Herrn Müller für die gute Zusammenfassung des Ergebnisses und erläuterte, dass die Arbeit in der AG sich als schwierig herausgestellt habe. Die AG sei kein Beschlussgremium. Die Stärkung der Demokratie müsse über einen anderen Weg erfolgen. Das sei hervorragend über das Projekt „Demokratie Leben“ möglich. Er halte Punkt drei des Beschlussvorschlags für sehr wichtig. Im Bundeshaushalt seien die Fördermittel für 2026 vorhanden, man wisse aber nicht, wie es in den kommenden Jahren aussehen werde.

Herr Köhler ergänzte, dass die Fördermittel vom Bund noch nicht vorhanden seien. Man stehe derzeit in einer Warteschleife. Das Ministerium in Berlin möchte mehr Mitspracherecht haben. Er betonte, dass die Projekte, die im Landkreis Aurich gemacht würden, sehr gut seien. Das Projekt „Demokratie Leben“ mache im Kreisgebiet hervorragende Arbeit.

Abgeordnete Albers fragte die Verwaltung, ob der Punkt drei der Beschlussvorlage noch bis zur Sommerpause geklärt und beschlossen werden könne.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass die Verwaltung sich frühzeitig Gedanken mache, falls der Bund das Projekt nicht mehr finanzieren werde. Jetzt schon einen Beschluss zu erwirken, wäre zu früh, da ungewiss ist, wie lange das Projekt über den Bund finanziert werde.

Herr Köhler gab den Hinweis, dass er davon ausgehe, dass die Fördermittel vom Bund zur Verfügung gestellt würden. Es seien nur noch rein verwaltungsrechtliche Forderungen zu klären.

Abgeordneter Forster teilte mit, dass der jetzige Kenntnisstand sei, dass das Projekt weiterhin vom Bund gefördert werde. Der Punkt drei der Beschlussvorlage sei somit eine Entscheidung für den zukünftigen Kreistag. Es gehe darum, Signale für Demokratie zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Die interfraktionelle Arbeitsgruppe „Extremismus“ empfiehlt zum Abschluss ihres Arbeitsauftrags:

1. Die Themenfelder Extremismusprävention und Demokratieförderung werden dauerhaft im Projekt „Demokratie Leben“ verankert.
2. Das Projekt „Demokratie Leben“ soll fortlaufend über Aktivitäten, Entwicklungen und Erkenntnisse im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration berichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für eine perspektivische Verstetigung des Projektes „Demokratie leben“ zu klären.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 13 Schließung der Sitzung

Stellvertretender Vorsitzender de Vries schloss die Sitzung um 16:49 Uhr.

gez. Forster
Vorsitzender

gez. Winzenborg
Protokollführerin